

Musikschulen



Volksinitiative zur Förderung der Musik- und Kunstschulen findet breiten Zuspruch

28.06.2014



Demonstration am Freitag vor dem Landtag. Foto: Karin Streese-Beneke.

Potsdam. Bei einer Demonstration am Freitag auf dem Alten Markt vor dem Landtag verkündete der Vorsitzende des Musik- und Kunstschulverbandes, Dr. Hinrich Enderlein, das beeindruckende Zwischenergebnis der erst vor vier Wochen gestarteten Volksinitiative: Seit dem 21. Mai haben die Musik- und Kunstschulen bereits 17.542 Unterschriften sammeln können. 20.000 Stimmen müssen binnen eines Jahres gesammelt sein, damit sich der Landtag mit dem Brandenburgischen Musik- und Kunstschulgesetz erneut befasst. Anfang des Jahres war das neue Brandenburgische Musik- und Kunstschulgesetz beschlossen worden, ohne dass die Landesförderung an gestiegene Schülerzahlen und Tarifierhöhungen angepasst wurde. Auch die Einbeziehung der Kunstschulen in die Förderung schlägt sich nicht in einer Anpassung der Fördermittel nieder.

Die Förderung des Landes bleibt damit auf dem Niveau vom Jahr 2003, teilt die Initiative mit. Im gleichen Zeitraum ist die Schülerzahl von 25.000 auf fast 40.000 angestiegen. Außerdem schlägt Brandenburg jetzt einen Sonderweg ein und will den Einzelunterricht zugunsten des Gruppenunterrichts reduzieren. Unter diesen Umständen sei eine Talentförderung an den Musik- und Kunstschulen wie bisher kaum mehr möglich, heißt es vom Verband der Musik- und Kunstschulen Brandenburg e.V. Eltern, Lehrkräfte und Fachleute sind alarmiert und befürchten einen drastischen Qualitätsverlust.

Die Musik- und Kunstschulen des Landes Brandenburg haben deshalb eine Volksinitiative gestartet, damit sich das Land Brandenburg wieder angemessen an der Musik- und Kunstschulförderung beteiligt, die gestiegenen Kosten nicht zu Lasten von Eltern und Kommunen gehen und die bewährte Fördersystematik beibehalten wird. Viele Elternvertreter beteiligen sich sehr aktiv und sammeln Hunderte Unterschriften. Und auch Eltern an den Grundschulen, die als Kooperationspartner der Musikschulen im Programm "Klasse: Musik" teilnehmen, haben den Aufruf bis jetzt mehr als 2.000 Mal unterschrieben.

Mit vielen kreativen, farbenfrohen und lauten Aktionen machten Schüler und Lehrkräfte der Musik- und Kunstschulen am Freitag auf ihre zentralen Anliegen aufmerksam. Das Jugendblasorchester Kleinmachnow und die Trommelgruppe der Musikschulen aus Potsdam und Potsdam-Mittelmark stimmten schwungvoll mit Pauken und Trompeten auf die Initiative der Musik- und Kunstschulen ein. 48 Kinder der Bläser- und Percussionklasse der Grundschule Schulzendorf waren zur Exkursion der politischen Bildung nach Potsdam aufgebrochen, um ihre Initiative "Klasse: Musik" vorzustellen. Eine Ausweitung dieser erfolgreichen Kooperation von Grundschulen und Musikschulen wäre nicht realisierbar, sollte die Landesförderung auf dem jetzigen Stand bleiben.

Das Hornquartett der Städtischen Musikschule Potsdam, Preisträger des bundesweiten Nachwuchswettbewerbs "Jugend musiziert", war ebenso mit von der Partie wie die Bigband des Helmholtz-Gymnasiums. Sie gaben einen Eindruck von der hohen Qualität der Musikschulangebote. Sollte der Einzelunterricht an Musikschulen drastisch abgebaut werden, wäre eine solche beispielhafte Nachwuchsförderung nicht mehr möglich. Akrobaten der LAG Kinder- und Jugendzirkus Berlin-Brandenburg, Clowns des Offenen Kunstvereins Potsdam und großformatige Vliese und Drucke aus den Kunstschulen schließlich machten deutlich, dass Kunst- und Musikschulangebote gleichwertig sind und auch gleichwertig gefördert werden müssen. Mit der üblichen temporären Projektförderung, die von Jahr zu Jahr differiert, komme die kulturelle Bildung nicht weiter, heißt es vom Verband.

Die Initiative genießt eine breite Unterstützung. Die Vorsitzenden und Sprecher der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der CDU und sogar der Linken sicherten ihre Unterstützung in der Kundgebung zu. Die beiden Fraktionsvorsitzenden von CDU und

FDP, Michael Schierack und Andreas Büttner betonten, das Geld für kulturelle Erziehung und Bildung sei gut angelegt, um auch für die nächsten Generationen das kulturelle Erbe zu sichern. Sie setzen sich dafür ein, den Anteil der Landesförderung an den Gesamtkosten wieder auf 15 Prozent anzuheben - statt wie zuletzt neun Prozent.

Für die bildungspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, Maire-Luise von Halem, hat der Anspruch auf Bildung erste Priorität, ihre Fraktion unterstützt daher die Volksinitiative "Musische Bildung jetzt". Im Gesetzgebungsverfahren wurde ihr Änderungsantrag zur Erhöhung der Förderung auf 5,2 Mio. Euro für die Musikschulen und 400.000 Euro für die Kunstschulen abgelehnt. Die Regierungsfractionen betonten die hohe Bedeutung der Aufnahme der Kunstschulen Brandenburg in das neue Brandenburgische Musik- und Kunstschulgesetz. Die Fraktionsvorsitzende der Linken, Margitta Mächtig, sprach sich ebenfalls für eine Erhöhung der Landesförderung für Musik- und Kunstschulen auf 5 Millionen Euro aus.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion und Europaabgeordnete, Susanne Melior, appellierte hingegen an die Musik- und Kunstschulen, die überwiegend kommunalen Träger nicht aus der Verantwortung der Finanzierung zu lassen und erntete dafür Pfiffe. Die Kommunen beteiligen sich bereits mit über 50 Prozent an den Gesamtkosten der Musik- und Kunstschulen, über die Gebühren steuern Eltern weitere 40 Prozent bei.

"Wir möchten so viele Unterstützer wie möglich gewinnen und deutlich machen, dass es sich um ein breites gesellschaftliches Anliegen handelt", so Thomas Falk, Sprecher der Volksinitiative und Geschäftsführer des Verbands der Musik- und Kunstschulen, "Kultur und Bildung muss man wollen. Bleibt zu hoffen, dass das Land Brandenburg sich darauf besinnt, Kultur und Bildung wieder angemessen und nachhaltig zu fördern und den Versprechungen nach der Landtagswahl auch Taten folgen zu lassen." red / sg

Foto: Innenleben eines Klaviers. / fdk